

Protokoll

62. Sitzung (nicht öffentlich)

4. Oktober 1989

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 bis 13.00 Uhr

Vorsitzender: Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD)

Stenograph: Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990 (Haushaltsgesetz 1990)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/4600

hier: Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie

Vorlagen 10/2321, 10/2335, 10/2337

- a) Allgemeine Aussprache

1

Der Ausschuß tritt in eine allgemeine Aussprache über die schriftliche Einführung des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie in den Einzelplan 08 ein und vereinbart, diese Aussprache erforderlichenfalls in der nächsten Sitzung fortzusetzen.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Seite

- b) Beratung der Personalkosten und gegebenenfalls
Abgabe einer Stellungnahme gegenüber dem federfüh-
renden Haushalts- und Finanzausschuß

17

Im Wirtschaftsausschuß werden zum Personaletat
keine Änderungsanträge gestellt.

- c) Beratung des Sachetats

23

Der Ausschuß berät den Sachetat bis einschließlich
Kapitel 08 021.

- 2 Weiterentwicklung der Fachhochschulen zu Technologiezentren 30

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/3627

Die Behandlung wird aus Zeitgründen auf eine der
nächsten Sitzungen vertagt.

- 3 Chancengleichheit für alle Regionen des Landes bei der 30
künftigen Regional- und Strukturpolitik

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/4528

Die Behandlung wird aus Zeitgründen auf eine der
nächsten Sitzungen vertagt.

Nächste Sitzungen: 25. Oktober 1989 im Hause Siemens, Düssel-
dorf: u. a. Fortsetzung der Haushaltsbe-
ratungen, beginnend mit Kapitel 08 030
8. November 1989: u.a. Haushaltsberatungen
(Antragssitzung)

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Aus der Diskussion

Der Vorsitzende gratuliert vor Eintritt in die Tagesordnung Frau Abg. Thoben zur Wahl ins Präsidium der Bundes-CDU und wünscht ihr viel Erfolg bei der dadurch zusätzlich auf sie zukommenden Arbeit.

Zu 1: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990
(Haushaltsgesetz 1990)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/4600

hier: Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie

a) Allgemeine Aussprache

Frau Abg. Thoben (CDU) geht auf den ihrer Meinung nach von der Landesregierung im Einführungsbericht Vorlage 10/2337 unternommenen Versuch einer Bewertung der derzeitigen Wirtschaftslage ein. Auffällig daran sei, daß die Landesregierung im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen sie für negative Entwicklungen stets bundespolitische und weltpolitische Einflüsse verantwortlich gemacht habe, die jetzt erkennbaren positiven Ansätze der Landespolitik zugute halte.

An einer Stelle werde daraus allerdings eine analytische Fehlleistung. Während nämlich alle möglichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Beschäftigungswirksamkeit auf das Land bezogen würden, würden die verbliebenen Arbeitsmarktprobleme nicht landespolitisch beschrieben und auch nicht einmal mit Zahlen für das Land, sondern lediglich mit bundesweiten Angaben belegt. Sie sehe darin einen erheblich Mangel; denn wenn man hier darüber diskutieren wolle, was die Landespolitik zur Lösung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt beitragen könne, dann brauche man dazu die für das Land gültigen Daten.

Mit dem Einführungsbericht werde bestätigt, was die CDU wiederholt beklagt und was für große Verwirrung im Lande gesorgt habe: daß man nicht mehr erkennen könne, ob es sich bei den Ankündigungen unter den verschiedenen Überschriften um neue Programme handle, ob bisherige Landesprogramme plötzlich aus Bundesmitteln finanziert würden oder was sonst auf diesem Sektor geschehe. Vor allem zu den auf Seite 13 des Einführungsberichts aufgeführten Positionen bitte sie den Minister vor Beginn der Einzelberatungen um eine Stellungnahme. Sie persönlich empfinde es - insbesondere mit Blick auf das Programm Zukunftstechnologien, Titelgruppe 74 - als einen

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

ziemlichen Skandal, daß jetzt Strukturhilfemittel des Bundes dazu dienten, eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu erfüllen.

Die CDU habe in den zurückliegenden Jahren immer wieder bemängelt, daß den Ankündigungen kein entsprechender Haushaltsvollzug gefolgt sei. Zwei oder drei Jahre lang sei man mit dem Hinweis auf Anlaufschwierigkeiten des Programms und mit der Zusicherung abgespeist worden, daß es selbstverständlich bei der Zusage des Ministerpräsidenten bleibe, in dem Zeitraum von fünf Jahren diesen Beitrag für Zukunftstechnologien aufzubringen. Jetzt aber müßten ganz offensichtlich die Strukturhilfen des Bundes dazu herhalten, die Versprechungen des Ministerpräsidenten von der finanziellen Seite her abzusichern. Sie bitte um eine Begründung dafür, warum der Ministerpräsident seinen Ankündigungen nicht wenigstens halbwegs Taten habe folgen lassen können.

Auf das Technologieprogramm Wirtschaft sei das Land bisher besonders stolz gewesen; mit ihm sei sehr viel Reklame gemacht worden. Nach Kenntnis der CDU dürfe nun aber bereits seit einer Reihe von Monaten aus diesem Programm nichts mehr bewilligt werden, weil sich die Landesregierung außerstande sehe, der EG-Kommission die Auskünfte zu geben, die Voraussetzung für deren weitere Zustimmung zu diesem Programm seien. Sie fragt, inwieweit die Landesregierung inzwischen auf die vehementen Einsprüche der EG-Kommission reagiert habe.

Die vor wenigen Jahren mit großem propagandistischem Aufwand ins Leben gerufenen Programme, wie die Förderung von örtlichen Beschäftigungsinitiativen und andere von der Landesregierung eröffnete "Spielwiesen", seien ganz offensichtlich "Flops". Denn von diesen Programmen lasse der Minister zur Wahrung seines Gesichts allenfalls noch die Haushaltsstelle bestehen; sonst aber geschehe auf diesem Gebiet anscheinend nichts mehr. Ursprünglich sei angekündigt worden, daß jährlich mindestens 1 Million DM erforderlich seien, um daraus all die alternativen und zusätzlichen Initiativen zu fördern, die sonst keinerlei Chance hätten, gefördert zu werden. Heute werde dieser ursprünglich geplante Ansatz auf 300 000 DM reduziert. Es interessiere sie, was davon überhaupt abgeflossen sei.

Abg. Westermann (SPD) betont zunächst, daß es sich bei dem Einführungsbericht nicht um den Versuch einer Bewertung der Wirtschaftspolitik des Landes handle, sondern daß er eine tatsächliche Bewertung darstelle, die man teilen oder auch ablehnen könne. Im übrigen sollte man einen solchen Bericht, der den Haushalt und den Begleitband dazu erläutern solle, auch nicht überfordern; denn er sei nur eine neben vielen anderen Informationsquellen.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Angesichts der sich nähernden Wahlen sei es verständlich, wenn die Oppositionsparteien den Versuch unternähmen, die positiven Signale aus der Wirtschaft an ihre Fahnen zu heften und negative Erscheinungen der Landesregierung anzulasten. Genau umgekehrt sei in wirtschaftlich schlechteren Zeiten argumentiert worden, als man der Landesregierung die Schuld daran gegeben und die Bundesregierung von jedem Verschulden freigesprochen habe. Mit einer sachlichen Analyse und einer sachgerechten Betrachtung der Dinge aber habe das nichts zu tun. Am Ende des Wahlkampfes werde der Wähler entscheiden, wer recht gehabt habe.

Unbestritten habe sich die wirtschaftliche Lage im Lande erheblich verbessert. Er warne jedoch vor allzu starker Euphorie; denn wenn man sich die Wachstumsraten in anderen Industrieländern ansehe, nähmen sich die wirtschaftlichen Erfolge der Bundesrepublik doch recht bescheiden aus.

Was die Arbeitsmarktzahlen angehe, so treffe es zu, daß in dem Bericht des Ministers die Zahlen für die Bundesrepublik angegeben seien. Er gehe aber davon aus, daß die Zahlen für Nordrhein-Westfalen aus den Zeitungen bekannt seien. Ebenso wie in der Bundesrepublik insgesamt sei auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen nicht befriedigend. Das verstärkte Wirtschaftswachstum habe leider weder in Nordrhein-Westfalen noch im Bund zu einer deutlichen Abnahme der Arbeitslosigkeit geführt.

Auch der Ausbildungsplatzsektor weise Verbesserungen aus. Die Bilanz scheine ausgeglichen zu sein, wenngleich es nach wie vor starke regionale Defizite gebe.

Bei allen positiven Anzeichen gebe es aber selbstverständlich auch Branchen mit ungelösten Problemen. Aus der Kohlerunde 1987 wisse man, daß im Kohlebereich noch 30 000 Arbeitsplätze abgebaut werden müßten. Und die günstige Stahlkonjunktur dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch in den nächsten Jahren noch Anpassungsmaßnahmen notwendig würden. Insofern gebe es weiterhin auch strukturellen Handlungsbedarf.

Nach Auffassung der SPD-Fraktion gebe der Haushalt auf diesen Handlungsbedarf die richtigen Antworten. Neben den klassischen Instrumenten der Wirtschaftsförderung habe die Landesregierung mit der Zukunftsinitiative Montanregionen (ZIM) und der Zukunftsinitiative für die Regionen Nordrhein-Westfalens (ZIN) neue Wege eingeschlagen, und zwar weniger im Hinblick auf das Geld, sondern vielmehr mit Blick auf die Organisation der Entscheidungsfindung vor Ort. Die SPD halte diesen Weg für richtig. Auch die dafür im Landeshaushalt geschaffenen finanziellen Voraussetzungen seien unter Berücksichtigung der schwierigen Finanzlage problemadäquat. Man werde damit auf dem Wege der strukturellen Erneuerung des Landes ein Stück vorankommen.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) stellt fest, der Wirtschaftsminister weise in seinem Bericht zu Recht darauf hin, daß eine Umstrukturierung der Wirtschaft des Landes erfolgen müsse und daß dafür neue Maßnahmen, aber auch die Fortsetzung der Nordrhein-Westfalen-Initiative "Zukunftstechnologien" und der "Zukunftsinitiative für die Regionen Nordrhein-Westfalens (ZIN)" erforderlich seien.

Sie vermisste an dieser Stelle allerdings die Erwähnung der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel, die überhaupt erst eine Strukturveränderung in Nordrhein-Westfalen ermöglichen; denn die hohe Verschuldung des Landes lasse keinen Zweifel daran zu, daß das Land allein diese Umstrukturierung nicht leisten könne.

Der Wirtschaftsminister erkenne in seinem Bericht zwar an, daß die gesamtwirtschaftliche Expansion nunmehr im 7. Jahr voranschreite; es fehle aber der Hinweis darauf, daß dies eine Folge der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und der von ihr eingeleiteten Maßnahmen - Stichworte unter anderen: Steuersenkung, Privatisierung, Entbürokratisierung - sei.

Im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktpolitik tauchten dann plötzlich Zahlen des Bundes auf. Dabei rechne der Wirtschaftsminister für 1989 mit 2 Millionen Arbeitslosen, während allgemein von 1,9 Millionen Arbeitslosen ausgegangen werde. Verwunderlich sei auch, daß der Wirtschaftsminister auf spezielle Aussagen zum nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt verzichte, der sich ja doch im Vergleich mit den anderen Bundesländern als schlechter darstelle, wobei die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet noch ein besonderer Aspekt sei. Auch einen Hinweis auf die Diskrepanz zwischen unbesetzten Stellen und der sich nach wie vor auf hohem Niveau haltenden Arbeitslosigkeit suche man vergebens.

Auf Seite 5 des Einführungsberichts sei die Rede davon, daß die Globalisierung und Internationalisierung der Märkte, nicht zuletzt der EG-Binnenmarkt, den Wettbewerb verschärfen und verstärkte Anpassungsanstrengungen der Unternehmen und der Arbeitnehmer, aber auch des Staates erforderlich machen würden. Offen bleibe aber die Frage, wie sich die Landesregierung diese Anpassungsanstrengungen vorstelle und an welche Maßnahmen sie denke. Auch mit Blick auf die Aussagen des saarländischen Ministerpräsidenten und stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Lafontaine stelle sich ihr die Frage, ob der Minister wegen der Gewerkschaften Bedenken habe, zum Beispiel einmal die Flexibilität der Arbeitszeit anzusprechen.

Auf der einen Seite spreche der Minister in seinem Bericht von einem "deutlich verschlechterten Preisklima". Auf der anderen Seite fordere er, insbesondere auf Bundesebene, "Maßnahmen zur strukturellen Stärkung der Binnennachfrage", was aber doch - insbesondere angesichts zur Zeit weitgehend ausgelasteter Produktions-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

kapazitäten - zu weiteren Preissteigerungen führen würde. Insofern vermisste man eine klare Linie in dem Bericht.

Bei der Einzelberatung werde man noch verschiedene Aspekte ansprechen müssen, zum Beispiel die Äußerung des Deutschen Städtetages zum ZIN-Programm, bei dem es offenbar Verbesserungsbedarf gebe.

Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Dr. Jochimsen, bedankt sich für die Anmerkungen zu seinem Bericht. Während die Mehrheitsfraktion die in dem Bericht enthaltene Bewertung der Wirtschaftslage im wesentlichen teile, habe sich die Opposition, wie gewohnt, punktuell und "hüpfend" einzelne Gesichtspunkte herausgesucht und sie kritisiert, worauf er jetzt im einzelnen eingehen werde.

Der vorletzte Absatz auf Seite 4 des Einführungsberichts sei offenbar der Aufmerksamkeit von Frau Abg. Thoben (CDU) entgangen. - Frau Abg. Thoben (CDU) macht durch Zwischenruf geltend, daß sie nach den Arbeitsmarktzahlen gefragt habe. - Minister Dr. Jochimsen erwidert, die Arbeitslosenzahl liege gegenwärtig etwas unter 700 000.

Er teile allerdings die hinter der Frage zum Ausdruck kommende Einschätzung, daß man sich den strukturellen Fragen des Landes gerade auch unter Gesichtspunkten des Arbeitsmarktes besonders widmen müsse. Hierbei seien sowohl der Bund als auch das Land gefordert. Allerdings betreffe dies nicht speziell den Einzelplan 08; es falle vielmehr in den Zuständigkeitsbereich des Einzelplans 07.

Auch die beruflichen Wiedereingliederungsmaßnahmen für Frauen und andere Gruppen seien in dem Bericht nicht in extenso behandelt, weil sie vor allem den Einzelplan 07 beträfen.

Große Sorge bereite ihm, daß es auf dem Arbeitsmarkt insofern zu Verwerfungen komme, als bei steigendem Beschäftigungsstand die Arbeitslosenzahlen zwar leicht abnähmen, aber insgesamt doch auf einem hohen Niveau verharren. Zwar sei der Beschäftigungsstand von 1980 wieder erreicht worden - Einführungsbericht Seite 4 vorletzter Absatz -, doch lägen die Arbeitslosenzahlen bundesweit wie landesweit über denen des Jahres 1980.

Nicht alle diese Aussagen könne man in einen Bericht aufnehmen, mit dem in gestraffter Form die für die Wirtschaftspolitik relevanten Ausgangsdaten dargestellt werden sollten. Er stehe aber gern zur Diskussion über einzelne Fragen bereit, zum Beispiel auch darüber, was von seiten der Unternehmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit getan werden könne; denn auf diesem Sektor laufe im Augenblick leider eine Sache völlig leer, die mit der 9. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes ausgelöst worden sei, nämlich die Kürzung der strukturellen Maßnahmen der Qualifizierungsoffensive der Bundesanstalt für Arbeit und die jetzt dort entwickelten Alternativlösungen. Bedauerlicherweise werde ein Drittel des Niveaus in Nordrhein-Westfalen nicht angenommen.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Er sei gern bereit, über dieses Thema, das den Einzelplan 07 betreffe, außerhalb der Haushaltsberatungen zu diskutieren. Der Einzelplan 08 enthalte nur solche Maßnahmen, die aus einer Wirtschafts- und Strukturpolitik entwickelt würden, wie sie dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie zukomme. Er schlage vor, zu einer solchen Diskussion auch den Präsidenten des Landesarbeitsamtes einzuladen, der zum Beispiel zu den immer wieder zu hörenden Aussagen Stellung nehmen könnte, daß man offene Stellen nicht besetzen könne, während sich hinterher herausstelle, daß offene Stellen gar nicht so präzise beschrieben worden seien, als daß die Arbeitsvermittlung eine Antwort darauf geben könnte.

Wenn Frau Abg. Thoben (CDU) im Zusammenhang mit der Liste auf Seite 13 des Einführungsberichts von einem "Skandal" spreche, dann mache er darauf aufmerksam, daß es sich bei den Strukturhilfemitteln des Bundes um Landesmittel handele, die vom Land vereinnahmt und verausgabt würden. Er verstehe deshalb nicht die künstliche Aufgeregtheit, mit der von der CDU bei diesen Strukturhilfemitteln eine "Mitregierung" des Bundes reklamiert werde. Zwar versuche dies auch der Bund, und anhand einiger sehr interessanter Fälle werde noch darüber zu diskutieren sein, was der Bund für strukturell relevant halte und was nicht; aber es gehe dabei um Mittel des Landes, die hier verausgabt würden, bei denen das Land seine Schwerpunkte setzen könne und die zur Verstärkung der Haushaltsansätze des Landes dienten.

Was die Überprüfung des Technologieprogramms Wirtschaft durch die EG betreffe, so sei Frau Abg. Thoben (CDU) hinsichtlich des Sachstandes offenbar nicht auf dem laufenden. Dieses Programm unterliege naturgemäß der Überprüfung und Notifizierung durch die EG-Kommission, soweit es sich um Mittel handele, die nach den Artikeln 92 und 93 des EG-Vertrages einzelne Unternehmen gegebenenfalls wettbewerbsverzerrend fördern könnten.

Dieser Prüfvorgang sei weit fortgeschritten. Alle Fragen seien beantwortet und die letzten Informationen vor etwa einem Monat nach Brüssel gegeben worden. Er erwarte einen positiven Abschluß in aller Kürze. Die Prüfung beziehe sich nicht auf die Dinge, die nicht Artikel 92 und 93 unterlägen, wie zum Beispiel die infrastrukturellen Angelegenheiten; Stichworte: Technologietransfering Handwerk, Technologiezentren.

Die neuen Programme als "Flops" zu bezeichnen, sei eine politische Bewertung, die schneller ausgesprochen als faktisch durchgeholt sei. Diese Aussage veranlasse ihn zu der Frage, ob Geldausgeben der einzige Maßstab sei, mit dem die Opposition den Erfolg eines Programmes messe. Er sehe die neuen Maßnahmen zu einem guten Teil in ihrer qualitativen Wirkung. Und wenn ein Programm gut angelegt sei, könne man auch mit relativ wenig Geld eine ganze Menge bewirken, zum Beispiel eine Verhaltensänderung.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Man habe dies gerade auf dem Gebiet der Frauenförderung im Sparkassenbereich erlebt, als man gemeinsam mit den Sparkassen in Wuppertal einen Kongreß durchgeführt habe, der ein immenses Echo gefunden habe und von über 500 Teilnehmern besucht worden sei, womit die kühnsten Erwartungen weit übertroffen worden seien. Dabei habe sich gezeigt, daß man den bestehenden Handlungsbedarf mit verhältnismäßig geringen Mitteln befriedigen könne, wenn sie vernünftig eingesetzt würden. Diese Mittel aber müsse man haben, und deren Notwendigkeit sei von der CDU bisher ja stets bestritten worden.

Möglicherweise beziehe sich diese Aussage von Frau Abg. Thoben (CDU) aber auch auf Seite 36 Ziffer 3.12 des Einführungsberichts. Dies sei allerdings eine wichtige Position, mit der jetzt, wie von der Landesregierung seit längerem vorgeschlagen, die Regionalisierung der Strukturpolitik durch eine regionale Strukturanalyse unterstützt werden könne. Deshalb habe er die herzliche Bitte, die kleinen Beträge politisch nicht zu bagatellisieren.

An Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) gewandt, fährt der Minister fort, es wäre falsch und verheerend, davon zu sprechen, daß sich die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen schlechter darstelle als in d e n anderen Bundesländern. Leider gebe es Bundesländer, denen es schlechter gehe als Nordrhein-Westfalen. Er bitte daher, in der Wortwahl sehr vorsichtig zu sein. Wie die beim Strukturwandel bereits erzielten wesentlichen Fortschritte zeigten, wäre man völlig falsch beraten, wenn man Nordrhein-Westfalen ständig als das schlechteste und schwächste Bundesland darstellte.

Daß das Land Bundeshilfe brauche, darüber habe man schon in den beiden vorhergehenden Jahren ausführlich diskutiert. Er erinnere daran, wie erregt und nervös die Opposition jeweils reagiert habe, wenn er nur den Artikel 104 a Absatz 4 GG ins Gespräch gebracht habe. Interessanterweise sei dies das Instrument geworden, mit dem der Bund die Länder in Form des Strukturhilfegesetzes unterstütze. Offenbar habe ihm die Bundesregierung also besser zugehört als die Opposition im eigenen Lande.

Er habe gehofft, daß auch die Opposition den beim Strukturwandel erzielten rasanten Fortschritt positiv registrieren und würdigen würde. Er stehe nicht an zu sagen, daß dies in einer bemerkenswerten Weise mit der internationalen Konjunkturlage und mit dem Übereinstimme, was sich gegenwärtig gesamtwirtschaftlich abzeichne.

Allerdings habe er die Sorge, daß die Bundesrepublik mit ihrer alleinigen Betonung des Exports, mit dem Reflex, mit dem die Investitionen darauf reagierten, und mit der Steigerung des realen Verbrauchs nicht genügend unternehme, um internationalen Ungleichgewichten vorzubeugen. Dies könne das Land allein nicht tun, und deshalb stünden diese Bemerkungen auch nicht in dem Einführungsbericht.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Er befürchte, daß die Bundesrepublik damit eine Rechnung aufmache, die sich langfristig so in der Europäischen Gemeinschaft und weltweit nicht durchhalten lasse. Aber solange die Dinge so gut liefen, komme es ihm darauf an, daß Nordrhein-Westfalen an den Exporten beteiligt sei, und es freue ihn, daß der Anteil Nordrhein-Westfalens am Außenhandel der Bundesrepublik weiterhin 30 % ausmache. Er könne sich noch gut der Zeiten erinnern, in denen die Opposition im Landtag genüßlich vorzurechnen versucht habe, daß Nordrhein-Westfalen vom Export abgekoppelt würde, was offenkundig nicht eingetreten sei.

Er sehe darin einen Ausweis für die von der nordrhein-westfälischen Wirtschaft erreichte hohe Flexibilität, für die starke Innovationsfähigkeit und für die großartigen Anpassungen bei Produkten und Verfahren, die das Land an dem teilhaben ließen, was von außen und innen an konjunkturellen Kräften zuwachse. Dies führe dazu, daß viele Wirtschaftsförderungsprogramme jetzt sehr viel zügiger abließen, als dies über Jahre der Fall gewesen sei, in denen die Nachfrageseite nicht gestimmt habe und damit ein Angebot notwendigerweise zu einem Teil ins Leere gelaufen sei.

Abg. Heinemann (Enger) (CDU) begrüßt die Anregung des Ministers, über die Arbeitsmarktsituation in Nordrhein-Westfalen gesondert zu diskutieren; dabei werde man auch die speziellen Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen herausarbeiten können.

Auf Seite 5 des Einführungsberichts werde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Wirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen im Produktions- und Wachstumstempo mit dem Bundesdurchschnitt "in etwa" mithalten könne. Ihm reiche es aber nicht, daß das Land "in etwa" mithalte; Ziel müßte es vielmehr sein, am Ende des Haushaltsjahres 1990 feststellen zu können, daß Nordrhein-Westfalen nicht nur "in etwa" mitgehalten habe, sondern daß es in vorbildlicher Weise vorangehe.

Der Minister weise in seinem Bericht zu Recht darauf hin, daß das Land zum "Moderator und Impulsgeber" werde. Wenn man allerdings die Kräfte vor Ort wecken und die Entscheidungsbereitschaft in den Kommunen forcieren wolle, dann stehe dem entgegen, daß die Kommunen über die vielen "kleinen Töpfchen", aus denen sie Mittel erhalten könnten, am Gängelband geführt würden. Ihm dränge sich in diesem Zusammenhang die Frage auf, wie groß eigentlich der Einfluß des Wirtschaftsministers im Kabinett sei und warum er nicht viel stärker auf den Innenminister und den Finanzminister einwirke, den Gemeinden mehr allgemeine Zuweisungen zukommen zu lassen, damit vor Ort über die Mittelverwendung entschieden werden könne.

Auf Seite 7 des Berichts betone der Minister die Bedeutung einer Modernisierung und Ausweitung von Infrastrukturinvestitionen, insbesondere im Verkehrsbereich. Für ihn, der er aus Ostwestfalen komme, sei es einfach nicht nachvollziehbar, warum dann nicht auch

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

einmal der Wirtschaftsminister ein klares Ja zur A 33 sage, die zur weiteren Erschließung des Wirtschaftsraumes Ostwestfalen/Lippe außerordentlich wichtig sei. Hier gebe es offensichtlich Diskrepanzen zwischen Theorie und Praxis.

Frau Abg. Thoben (CDU) erklärt, der Minister habe zu Recht darauf hingewiesen, daß die Strukturhilfemittel des Bundes eigentlich dazu gedacht seien, die Anstrengungen des Landes aufzustocken. Sie fragt, wieso die Strukturhilfemittel dann nicht zu diesem Zweck genutzt würden, sondern dazu dienten, den Mittelansatz des Landes zurückzuschrauben. In der Titelgruppe 61 beispielsweise - Technologieprogramm für die mittelständische Wirtschaft - würden der Etatansatz reduziert und dann 3,6 Millionen DM Strukturhilfemittel ausgewiesen. Sie könne kein "Aufstocken" darin erkennen, wenn das Land in diesem Bereich seine eigene Verantwortung reduziere.

Beim Programm Zukunftstechnologien ziehe sich das Land noch stärker zurück. Der Ansatz werde um fast 13 % verkürzt und dann über Strukturhilfen wieder aufgestockt. Sie fragt, was daran eine "Verstärkung" sei.

Hinsichtlich des Technologieprogramms Wirtschaft bitte sie um präzise Auskunft, ob die von Brüssel ausgesprochene Sperre noch gelte oder ob das Land aus diesem Programm zum jetzigen Zeitpunkt bereits wieder Bewilligungen an private Unternehmen aussprechen könne.

Die Landesregierung setze Strukturhilfemittel genau in solchen Programmbereichen ein, die der Notifizierungspflicht unterlägen. Sie möchte wissen, ob damit nicht die Gefahr heraufbeschworen werde, daß die EG die Strukturhilfemittel insgesamt für notifizierungspflichtig erkläre, und ob das nicht der Idee widerspreche, Strukturhilfemittel nicht nur vorrangig, sondern möglichst ausschließlich im infrastrukturellen Bereich einzusetzen, um der Notifizierungspflicht zu entgehen.

Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) führt aus, sie habe zeitweilig den Eindruck gehabt, daß der Minister seinen eigenen Einführungsbericht nicht richtig kenne. Denn wenn er geltend mache, daß er die Weltwirtschaftspolitik dabei nicht berücksichtigt habe, dann verweise sie auf Seite 5 des Berichts, wo er dezidiert darauf eingegangen sei.

Und wenn der Minister in Teilbereichen auf die Zuständigkeit des Einzelplans 07 verwiesen habe, dann frage sie sich, warum er auf Seite 43 so ausführlich zur Förderung der beruflichen Bildung Stellung genommen und unter anderem angekündigt habe, daß die Förderung der beruflichen Bildung auch 1990 ein Schwerpunkt der zukunftsorientierten Wirtschafts- und Strukturpolitik der Landesregierung sein werde. Wenn solche Aussagen getroffen würden, dann

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

müsse darüber auch in diesem Ausschuß detaillierter und mit Zahlenangaben beraten werden. Sie freue sich auf die vom Minister angeregte Einladung des Präsidenten des Landesarbeitsamtes. Dies aber entlasse den Wirtschaftsminister nicht aus der Verantwortung, hierzu im einzelnen Stellung zu beziehen.

Wer von den Arbeitslosenquoten rede, der sollte nicht eine Vogel-Strauß-Politik betreiben, sondern müßte gerade hier auf die in den Ruhrgebietsstädten nach wie vor sehr hohen Arbeitslosenquoten eingehen, die sich ja auch im Ländervergleich entsprechend bemerkbar machen. Auch wenn hier - nicht zuletzt durch die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel - einiges besser geworden sei, sollte man doch nicht so tun, als wenn sich die gesamte wirtschaftliche Situation so erheblich gebessert hätte.

Frau Abg. Thoben (CDU) legt dar, der Minister habe auf den Exportboom hingewiesen, an dem Nordrhein-Westfalen in möglichst hohem Maße partizipieren sollte; eigentlich aber, so habe der Minister sinngemäß geltend gemacht, sehe er diese Entwicklung als bedrohlich an. Sie schließt die Frage an, ob sie diese Aussage des Ministers als Empfehlung an die Bundesregierung verstehen dürfe, aufzuwerten.

Der Minister erwidert, bekanntlich hätte die Bundesregierung aufgewertet, wenn nicht die französische Regierung und eine Reihe weiterer Regierungen angekündigt hätten, einem solchen Schritt sofort zu folgen, so daß eine DM-Aufwertung innereuropäisch gar nicht wirken würde. Dies sei im Augenblick das Problem des EWF. Nicht zufällig habe gerade heute die Sparerschutzwirtschaft kritisch ihre Stimme dazu erhoben.

Es sei aber nicht seine Sache, der Bundesregierung in dieser Richtung Ratschläge zu erteilen. Er sei vollauf damit beschäftigt, sich auf die Dinge zu konzentrieren und die Bundesregierung dort zu vernünftigem Handeln zu bewegen, wo er unmittelbare Verantwortung trage. Er erinnere in diesem Zusammenhang beispielhaft nur an die Kohlepolitik.

Deshalb begrüße er auch die Bemerkung von Abg. Heinemann (Enger) (CDU), das Land sollte nicht nur "in etwa" mithalten, sondern mehr anstreben. Er empfinde es als gut, daß die Opposition insofern diese seine Haltung bekräftige. Die Landesregierung habe hier eine statistische Beschreibung gegeben, und dahinter verberge sich eine unglaubliche Leistung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Denn schließlich seien die vorige und der Beginn dieser Legislaturperiode noch von dem Vorwurf der Opposition gekennzeichnet gewesen, Nordrhein-Westfalen halte nicht Schritt, sondern hier gebe es Wachstumsverluste, Defizite, Abkoppelung. Ganze Wahlkämpfe seien mit solchen Schlagworten geführt worden.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Jetzt liege Nordrhein-Westfalen, obwohl es mit Problemen bei Kohle, Stahl, Textil und Bergbau belastet gewesen sei und teilweise noch immer damit zu tun habe, in der Investitions- und Konsumgüterindustrie in etwa im Bundestrend. Er bitte, diese großartige Leistung zur Kenntnis zu nehmen. Die damaligen Vorwürfe der Opposition seien durch die jetzigen Daten zurechtgerückt. Dahinter stehe eine nicht nach kurzfristigen Erfolgen heischende, sondern auf langfristige strukturelle Veränderungen hin orientierte Wirtschaftspolitik.

Möglicherweise sei ihm hinsichtlich der beruflichen Bildung und Weiterbildung ein Fehler unterlaufen. Sie gehöre selbstverständlich in seinen Zuständigkeitsbereich und nicht in den Einzelplan 07.

Man müsse erkennen, daß man angesichts der Langzeitarbeitslosen und der Frauen, die wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollten - zum Beispiel in Büroberufen, die inzwischen eine technische Revolution erlebt hätten -, mehr brauche als die bisher entwickelten Weiterbildungsmaßnahmen. Man brauche Eingliederungshilfen, Betreuungshilfen, Patenschaften, oder wie immer man diese Dinge bezeichnen wolle.

Die Wissenschaft gehe davon aus, daß man so lange Zeit, wie jemand arbeitslos gewesen sei, auch brauche, um ihn wieder voll leistungsfähig im Arbeitsleben einsetzen zu können. Dies bedeute eine gewaltige gesellschaftliche Herausforderung, über die er hier gern bei Gelegenheit diskutieren wolle. Er lehne aber eine dahin gehende Auffassung ab, daß etwa die Wirtschaftspolitik oder die berufliche Bildungs- und Weiterbildungspolitik diese Aufgabe für sich allein bewältigen könnten.

Was im Zusammenhang mit dem TPW die sogenannte "Sperrung" seitens der EG angehe, so stelle die Landesregierung im Augenblick die Entscheidungen zurück, bei denen nach den sich abzeichnenden Überlegungen in Brüssel Zweifel bestehen könnten. Alle anderen Entscheidungen würden weiterhin getroffen. Aber auch die Zweifel würden in Kürze aufgeklärt sein. Er glaube nicht, daß es irgendwo einen Einbruch geben werde. Auf Wunsch könnte Ministerialdirigent Thomalla weitere Auskünfte geben, der die Gespräche in Brüssel geführt habe. Im übrigen gebe es hierüber volle Übereinstimmung mit dem Bundeswirtschaftsministerium, das die Sache in Brüssel zu vertreten habe.

Beim TPZ müsse man die rein aus Landesmitteln finanzierten Etatansätze und die Strukturhilfemittel des Bundes gemeinsam sehen. Er bitte in dem Zusammenhang zu berücksichtigen, daß das TPZ ursprünglich auf vier Jahre angelegt gewesen sei, daß es sich aber inzwischen als eine längerfristige Angelegenheit herausgestellt habe.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Abg. Westermann (SPD) hält es für sinnvoll, sich in dieser Diskussion auf das zu konzentrieren, was innerhalb des Handlungsspielraums der Landesregierung liege, und die von der Landesregierung betriebene Wirtschaftspolitik zu bewerten. Angesichts der seit Jahren schwierigen Finanzlage sei es schon beachtlich, wenn auch in diesem Jahr im Wirtschaftsetat wieder 3,3 Milliarden DM veranschlagt seien und wenn das Land die Zukunftsinitiative Montanregionen mit einem Volumen von über 2 Milliarden DM allein finanziert habe, wozu erst nachträglich Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe und aus RESIDER hinzugekommen seien; aber eine Restfinanzierung von über 80 % sei offengeblieben, die einen erheblichen Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen zur Veränderung der Wirtschaftsstruktur und zur Verbesserung der konjunkturellen Lage bedeuteten.

Insofern bitte er, trotz aller Parteilichkeit die Rolle des Bundes nicht überzubewerten. Die ersten Mittel nach dem Strukturhilfegesetz seien mit dem Nachtragshaushalt 1989 beschlossen worden. Bevor erste Maßnahmen damit realisiert seien, würden sicher ein bis zwei Jahre vergehen, so daß das Strukturhilfegesetz im Augenblick noch gar keine Wirkung entfalten und somit nicht als Ursache für die jetzige relativ günstige Situation mit herangezogen werden könne.

Die Diskussion, ob es sich dabei um Bundes- oder um Landesmittel handle, verstehe er überhaupt nicht. Die Mittel seien in den Landeshaushalt eingeführt worden, und das Land entscheide über deren Verausgabung. Wenn der Bund ein eigenes Strukturhilfeprogramm hätte auflegen und das Geld nach seinen eigenen Vorstellungen hätte verteilen wollen, dann hätte er selber Kriterien dafür entwickeln und eigene Haushaltsansätze dafür vorsehen müssen. Die Tatsache, daß die Mittel den Ländern zugewiesen worden seien und von ihnen verteilt würden, unterstreiche, daß es sich dabei um eine Sache der Länder handle.

Wer jetzt so tue, als würden dem Land großzügig über zehn Jahre hinweg jährlich 756 Millionen DM geschenkt, der sollte sich an das Zustandekommen des Strukturhilfegesetzes erinnern: Es sei eine Initiative der sozialdemokratisch regierten Länder und des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht im Bundesrat gewesen, die für den Fall, daß die Kommunen nicht von den hohen Sozialhilfeausgaben entlastet würden, mit der Ablehnung der Steuerreform gedroht hätten. Die Leistungen des Bundes nach dem Strukturhilfegesetz seien also ein erzwungenes Äquivalent dafür, daß er den unteren Ebenen durch Nichtstun in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusätzliche Lasten aufgebürdet habe.

Deshalb halte er es schon für schäbig, in der Diskussion so zu tun, als müßte sich das Land für große freiwillige Geschenke bedanken. Vielmehr handle es sich um ein verspätet dargebotenes Trostpflaster, bei dem Nordrhein-Westfalen auch noch ungleich behandelt worden sei.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Unbestritten habe die Steuerreform eine Kräftigung der Binnennachfrage bewirkt. Alle Fachleute aber seien sich einig, daß die Kaufkraftstärkung durch den Dollarverfall, durch günstigere Importpreise und durch den Verfall der Energiepreise erheblich höher gewesen sei als die Auswirkungen der Steuerreform.

Wenn man die positiven Anstöße aus Bonn mit den negativen saldiere, die sich für die wirtschaftliche Situation Nordrhein-Westfalens zum Beispiel durch die Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes, durch die verschlechterten Bedingungen bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder durch die verschlechterten Fortbildungsmöglichkeiten ergäben, dann hätten die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien keinen Grund, sich auf die Schultern zu klopfen.

Eine weitere negative Auswirkung auf den Landeshaushalt gehe von dem im Zuge der Steuerreform beschlossenen Wegfall der Investitionszulage aus. Der Wegfall dieser steuerfreien Investitionszulage von 8,75 %, die, je nach dem Steuersatz des Unternehmens, praktisch den doppelten Subventionswert habe ausmachen können, bedeute auch eine Reduzierung der Wirkung der Gemeinschaftsaufgabe.

Er fragt den Minister, ob es Tendenzen in der Bundesregierung gebe, ein Äquivalent für den Wegfall der Investitionszulage und damit für die Schlechterstellung bei der Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsförderung" zu schaffen.

Wenn der Minister, so führt Frau Abg. Thoben (CDU) aus, nach seinen eigenen Worten solche Anträge zurückstelle, bei denen Zweifel bestünden, ob mit Einsprüchen aus Brüssel zu rechnen sei, dann bedeute das ihres Erachtens, daß er sämtliche Anträge privater Unternehmen zurückstellen müsse. Denn einer der Gründe für einen möglichen Einspruch aus Brüssel sei, daß der Begriff "Mittelstand" nicht definiert worden sei. Sie fragt nach der Richtigkeit dieser ihrer Annahme.

Was die sogenannte "Verstärkung" der Haushaltsansätze mit Mitteln nach dem Strukturhilfegesetz betreffe, so stelle der Minister in das Technologieprogramm Wirtschaft 3,6 Millionen DM aus Strukturhilfemitteln ein. Der Haushaltsansatz einschließlich dieser Mittel steige aber nur um knapp 1 Million DM, so daß von einer "Verstärkung" nicht viel zu sehen sei. Die Landesregierung finanziere vielmehr ursprünglich reine Landesprogramme aus Strukturhilfemitteln und ziehe sich aus der eigenen Finanzierung zurück.

In das Programm Zukunftstechnologien fließe nach der Einlassung des Ministers ein Betrag von 9,8 Millionen DM. Die Aufstockung des Gesamttitels liege unterhalb der Hälfte dieses Betrages, nämlich gerade bei 3,8 Millionen DM. Die Landesregierung finanziere hier also in einem erheblichen Umfang das, was sie bisher aus Landesmitteln zumindest in Ansatz gebracht habe, jetzt aus Strukturhilfemitteln.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Wenn man diese beiden Informationen miteinander kombiniere, ergebe sich für sie die folgende große Sorge: Die Programme, in die die Strukturhilfemittel eingeschossen würden, stünden in wesentlichen Teilen unter Vorbehalt. Der Minister gefährde damit das Strukturhilfegesetz, weil die EG, wenn sie davon Kenntnis erhalte, selbstverständlich geltend machen werde, daß dann auch die Strukturhilfemittel unter Notifizierungsvorbehalt stünden.

Abg. Heinemann (Enger) (CDU) betont, nach seinem Verständnis könne sich der Wirtschaftsminister nur mit ganzem Herzen für eine vernünftige, letzte Lücken schließende Infrastruktur einsetzen. Dazu gehöre auch so etwas wie der endgültige Bau der A 33, von der Verkehrsminister Zöpel behaupte, sie sei nicht notwendig. Er, Heinemann, wäre für ein klares Bekenntnis des Wirtschaftsministers zum Bau der A 33 dankbar.

Minister Dr. Jochimsen macht deutlich, daß er nicht der Versuchung erliegen werde, sich hier zur A 33 zu äußern; dies sei nicht seine Ressortangelegenheit.

Was das TPW angehe, so sei das normale kleine und mittlere Unternehmen von der Überprüfung durch die EG überhaupt nicht betroffen. Der eigentliche Fall liege dort, wo Unternehmen mit über 500 Beschäftigten einbezogen seien. Nach seiner Einschätzung habe die Landesregierung aber eine gute Position, dies zu begründen. Insofern stelle sie diese Fälle im Augenblick zurück. Andere Fälle könne sie ohne Schwierigkeiten positiv entscheiden.

Die Frage, inwieweit die EG-Kontrolle das Strukturhilfegesetz betreffen könne, sei dahin gehend zu beantworten, daß solche Fälle nur auftreten könnten, wenn gewerbliche Unternehmen gefördert würden. Dies müsse man in der Tat sorgfältig beachten. Die Landesregierung werde gewerbliche Investitionsfälle der normalen Art nicht über Strukturhilfe anmelden. Sie habe insofern ihre Anmeldungen auch korrigiert, nachdem sie darüber mit dem Bundesfinanzminister gesprochen habe.

Aber es gebe ein paar Punkte, zu denen der Bundesfinanzminister nein gesagt habe, bei denen es die Landesregierung überhaupt nicht verstehen könne und wo auch kein Hinweis auf Brüssel helfen könne. Er schlage vor, dies im Rahmen einer Diskussion über den Vollzug des Landesinvestitionsprogramms zu erörtern; denn nur darüber sei ja bisher überhaupt mit Bonn verhandelt worden. Daß man nicht eine offene Flanke bieten und nicht Brüssel einen Hebel in die Hand geben dürfe, generell die Artikel 92 und 93 anzuwenden, sei völlig klar und entspreche einer gemeinsamen Interessenlage von Bund und Ländern.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Die regionale Wirtschaftsförderung werde auch auf Druck der EG sowohl hinsichtlich der Förderhöhe als auch hinsichtlich der Förderregionen verringert. Die Bundesregierung habe beliebt, mit Hilfe der steuerfreien Investitionszulage die Steuerreform zu finanzieren. Dies sei der Beitrag, den die Wirtschaftspolitik zur Finanzierung der Steuerreform habe erbringen müssen. Jetzt stehe man vor den Folgen und wundere sich, daß die Wirksamkeit abgesenkt werde und daß sich zum anderen die Frage stelle, ob und inwieweit ausfallende Steuerzulagen durch Haushaltsmittel ersetzt werden könnten.

Dabei tauchten zwei Probleme auf: Zum einen werde die Wirksamkeit der Förderung gesenkt. Dies spüre man im Augenblick noch nicht; denn gegenwärtig herrsche Hochkonjunktur. Bis zum 31. März habe das beantragt werden können, was im Jahre 1989 noch mit Investitionszulage bedacht werde. Ab 1. April 1989 könne man nicht einmal mehr beantragen, und ab 1990 gebe es auch keine Zulage mehr.

Die Wirkungen werde man erst in einigen Monaten spüren, wenn man sehe, inwieweit auch Vorzieheffekte wirksam geworden seien. Die Bundesregierung habe mit diesen Vorzieheffekten operiert, die sie für 1988 und 1989 erwartet und als wünschenswert bezeichnet habe. Er habe dem nicht zu widersprechen; aber es reiche nicht aus, regionale Strukturpolitik mit konjunkturpolitischen Argumenten zu betreiben.

Deshalb sei die Frage der Wirksamkeit schon hochbrisant. Die Bundesregierung habe selbst gesagt, daß sie - zumindest teilweise - die ausfallenden Steuerzulagen durch Haushaltsmittel ersetzen wolle. Sie habe dabei allerdings das Zonenrandgebiet eindeutig bevorzugt: Zwei Drittel der ausgleichenden Haushaltsmittel, die der Bund zur Verfügung stellen wolle, seien nur für das Zonenrandgebiet vorgesehen.

Das eigentliche Skandalon hänge mit der Frage zusammen, wie die Verpflichtungsermächtigungen, die der Bundeswirtschaftsminister im Jahre 1990 in den Bundeshaushalt einsetzen wolle, auf die Länder aufgeteilt würden. Es gehe dabei um Haushaltsmittel, die den Wegfall der steuerfreien Investitionszulage wenigstens teilweise ausgleichen sollten.

Bisher habe der Bundeswirtschaftsminister dafür einen Verteilungsschlüssel zugrunde gelegt, den er, Jochimsen, nur als vollständig antiquiert und grob ungerecht gegenüber dem Lande Nordrhein-Westfalen bezeichnen könne - und er bitte hierbei um Unterstützung sowohl durch die Opposition als auch durch die Mehrheitsfraktion gegenüber Bonn -: Der Bundeswirtschaftsminister lege die Fördergebietskulisse des 4. Juli 1986 zugrunde. Dieses Datum liege also v o r dem Stahlstandortprogramm und seiner Verlängerung, v o r dem Programm Aachen/Jülich, v o r dem Montanprogramm und v o r der Aufnahme der Arbeitsmarkregion Dortmund/Unna in die regionale Wirtschaftsförderung der

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Gemeinschaftsaufgabe. Damit entfielen auf das Land Nordrhein-Westfalen 15 %, während ihm nach gegenwärtigem Stand fast 33 % der Mittel zustünden.

Er habe darüber eine gesonderte Verhandlung im Planungsausschuß verlangt, damit dies nicht auf Berichterstatterebene im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages entschieden werde. Bisher sei im Haushalt des Bundeswirtschaftsministers für 1990 eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht, die noch nicht auf Länder aufgeteilt sei. Bei der Aufteilung müsse nach seiner Meinung Nordrhein-Westfalen einen höheren Anteil erhalten.

Dabei tauche als zweites das folgende Problem auf: Das Land hätte dann zwar ab 1991 Fördermöglichkeiten bis 18 %; aber es könnte sie nur ausfüllen, wenn Bundes- und Landesmittel jeweils in gleicher Höhe hineingezahlt würden. Mit anderen Worten: Das Land werde allein mit seinen Haushaltsmöglichkeiten nicht ausgleichen können, was der Bund nicht genauso zur Verfügung stelle. Dies hätte dann die Wirkung, daß man in wichtigen Bereichen Investitionen vielleicht mit 18 oder 15 % fördern könne, aber an Fördervolumen ./. 8,75 % als Basisförderung sozusagen generell die Hälfte des Geldes fehle.

Im Planungsausschuß müsse also auch darüber gesprochen werden, ob man die Länder gegebenenfalls isoliert vorfinanzieren lasse. Der Wortlaut des Gemeinschaftsaufgabengesetzes spreche ganz klar dagegen. Der Minister erinnert in diesem Zusammenhang an die vorjährige Debatte über die Vorfinanzierung beim Sonderprogramm Montanregionen, die auch nur möglich gewesen sei, weil der Planungsausschuß dem zugestimmt habe.

Wenn das Land, wie er es erwarte, am Schlüssel festgehalten werde, dann bedeute dies, daß die Förderwirksamkeit auch auf der Ausgabenseite durch fehlende Haushaltsmittel begrenzt werde; denn die Gemeinschaftsaufgabenprogramme träten nur nach Maßgabe vorhandener Haushaltsansätze in Kraft, die bei Bund und Land parallel veranschlagt werden müßten. Dies sei eine sehr kritische Situation, die schon im Jahre 1990 in Erscheinung treten, aber 1991/92 kulminieren werde.

(Angesichts der Tatsache, daß der Minister die Ausschußsitzung wegen eines wichtigen anderweitigen Termins vorzeitig verlassen muß, verständigt sich der Ausschuß darauf, daß eventuelle weitere Fragen zum Einführungsbericht auch in der nächsten Ausschußsitzung noch an den Minister gerichtet werden können.)

Frau Abg. Thoben (CDU) möchte wissen, ob die bei der Planungsausschußsitzung am 14. September 1989 gefaßten neuen Beschlüsse über Einsprüche der EG bei der regionalen Wirtschaftsförderung einstimmig zustande gekommen seien. - Staatssekretär Vollmer (MWMt)

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

verneint diese Frage. Die drei Länder, die durch die Gebietskulisse beeinträchtigt worden seien, hätten sich der Stimme enthalten.

Frau Abg. Thoben (CDU) vermutet, in der Sache sei die Landesregierung überzeugt gewesen; sie habe also nur aus politischen Gründen nicht zustimmen wollen. Sie frage dies deshalb, weil Borken/Bocholt aus der Förderung herausgenommen und die Frage insofern für die Region nicht uninteressant sei.

Ministerialdirigent Thomalla (MWMT) präzisiert: Der Beschluß im Planungsausschuß habe aus mehreren Teilen bestanden. Nordrhein-Westfalen wie auch die anderen betroffenen Länder hätten sich gegen den Teil ausgesprochen, mit dem eine bestimmte Region auf Vorschlag der EG-Kommission aus der Förderung hätte herausgenommen werden sollen.

Von der EG seien noch weitere Regionen zur Herausnahme vorgeschlagen worden. Wenn die Länder und die Bundesregierung den Gesamtkompromiß nicht akzeptiert hätten, hätten diese weiteren Regionen - eine davon in Nordrhein-Westfalen - möglicherweise zur Disposition gestanden. Aus diesem Grunde hätten sich Nordrhein-Westfalen wie auch die drei anderen betroffenen Länder in der Endabstimmung der Stimme enthalten.

b) Beratung der Personalkosten und gegebenenfalls Abgabe einer
Stellungnahme gegenüber dem federführenden Haushalts- und
Finanzausschuß

Zu den Personalausgaben der einzelnen Haushaltskapitel ergeben sich keine Fragen. - Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) bittet um Beantwortung der folgenden allgemeinen Fragen, die alle Bereiche betreffen. Sie möchte zunächst wissen, ob - und wenn ja: nach welchen Kriterien - in den einzelnen Bereichen Personalbedarfsrechnungen durchgeführt würden.

Ferner fragt sie, ob es in den einzelnen Verwaltungsbereichen Überbelastungen gebe, wie sie aufgefangen würden und wie es mit einer konkreteren, besseren Informationspolitik gegenüber den Bürgern aussehe.

Ministerialdirigent Tümpel (MWMT) macht deutlich, daß der Personalhaushalt des Wirtschaftsministers ein sehr spezieller sei, der neben dem Ministerium vier nachgeordnete Bereiche umfasse. Der Entwurf dieses Personalhaushalts werde nach aufgabenkritischen Gesichtspunkten aufgestellt. Diese Aufgabenkritik ergebe sich aus der täglichen Arbeit.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Er erinnert an die im vergangenen Jahr vorgenommene Neuordnung der Bergverwaltung, wobei zwei Bergämter aufgelöst worden seien. Dies sei ein solcher aufgabenkritischer Ansatz, der sich einerseits aus der Aufgabenentwicklung im Bergbau selbst ergeben habe; andererseits habe die Notwendigkeit bestanden, Verstärkungsmöglichkeiten in bestimmten Bereichen innerhalb der Bergverwaltung aufzufinden.

Da es nach den Vorgaben der Landesregierung keine zusätzlichen Stellen in diesem Bereich gegeben habe, habe man versuchen müssen, "aus dem eigenen Fleisch" durch Umschichtungen das Ergebnis dort zu verbessern, wo es notwendig gewesen sei. Das sei nur auf diese Art und Weise möglich gewesen.

Wenn man sich im einzelnen etwa beim Geologischen Landesamt oder beim Staatlichen Materialprüfungsamt die Veränderungen ansehe, merke man dies deutlich. Beispielsweise sei vor kurzem die Bauteilprüfhalle in Erwitte, die modernste Brandversuchshalle in Europa im Bereich der Materialprüfung, eingeweiht worden. Dafür seien drei zusätzliche Stellen vorgesehen, um diese Aufgabe zu erfüllen, die bisher in Dortmund nur mehr schlecht als recht habe durchgeführt werden können.

Seit der Neuordnung der Landesregierung, also von 1986 bis heute, sei der Stellenbedarf im Ministerium, der sich zusätzlich aus neuen Aufgaben heraus ergeben habe, zu 70 % durch Umschichtungen und somit aus eigenen Mitteln und zu 30 % durch zusätzliche Stellen gedeckt worden. Man habe aus bestimmten Sachbereichen im Ministerium, die als jetzt nachrangig, weniger wichtig, nicht mehr so im Vordergrund stehend erklärt worden seien, Manpower abgezogen und sie in anderen Bereichen, die zu Schwerpunkten geworden seien, eingesetzt.

Deutlichstes Beispiel sei der Außenwirtschaftsbereich, in dem aufgrund der starken Anforderungen gerade in jüngster Zeit ein neues Referat eingerichtet worden sei, weil man nur auf diese Art und Weise Herr der dort bestehenden Überlast habe werden können.

Zur Frage nach der Überbelastung könne er als Beamter nicht Stellung nehmen. Über die Besetzung des Personalkörpers gebe es eine Entscheidung der Landesregierung.

Staatssekretär Vollmer (MWMT) fügt hinzu, die von MinDgt Tümpel geschilderten Probleme seien für das Wirtschaftsministerium viel schwieriger als für Ministerien mit einem festen, gleichartig strukturierten Beamtenapparat. Im Gegensatz zum Beispiel zum Innenminister, bei dem im wesentlichen Verwaltungsbeamte beschäftigt seien, gebe es im Wirtschaftsministerium neben den normalen Verwaltungsbeamten noch bestimmte Fachrichtungen, wie Techniker, Volkswirte und Betriebswirte. Daher sei die Umsetzung von einer Stelle auf eine andere bisweilen nicht möglich, weil dafür eine notwendige fachliche Voraussetzung fehle.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Personalbedarfsrechnungen seien in solchen Häusern möglich, deren Personalkörper gleichmäßig strukturiert sei. Bei der Polizei beispielsweise könne man gewisse Meßzahlen zugrunde legen und festsetzen, daß man für eine bestimmte Anzahl von Bürgern einen Polizeibeamten benötige. Beim Wirtschaftsministerium sei ein solches Verfahren nicht möglich.

In bestimmten Bereichen des Wirtschaftsministeriums gebe es eine Überbelastung. So sei die Abwicklung von ZIM und ZIN in den letzten Jahren nur unter Ableistung permanenter Überstunden möglich gewesen, die teilweise auch angeordnet worden seien. Andere Bereiche mit Überbelastung seien etwa die Technologieförderung oder die regionale Wirtschaftsförderung. Die in der regionalen Wirtschaftsförderung in den letzten fünf Jahren aufgelegten neuen Programme seien nur mit zusätzlicher Arbeit zu bewältigen gewesen.

Wenn man als weiteres Beispiel die Gesetzgebungsarbeit betrachte, so seien auf diesem Gebiet Spezialisten tätig. Derjenige, der etwa für die Kartellgesetzgebung zuständig sei, müsse permanent auf dem letzten Stand der Rechtsprechung sein. Man könne einen solchen Beamten nicht anhand einer bestimmten Zahl von Verwaltungsfällen auslasten, sondern könne ihn nur nach der Komplexität der Fälle und nach der Leistung bewerten, die im Einzelfall von ihm abgefordert werde. Um ein aktuelles Beispiel anzuführen: Eine Stellungnahme zum Komplex Daimler/MBB könne nur jemand abgeben, der tief in der Materie stecke.

Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) fragt nach, ob es im Wirtschaftsministerium laufend Personalbedarfsrechnungen gebe oder ob jetzt eine Überprüfung stattgefunden habe. Sie möchte wissen, ob es in diesem Zusammenhang auch eine Überprüfung der einzelnen Kriterien bezüglich der Aufgabenerledigung gegeben habe.

Sie wolle gar nicht auf Fallzahlen oder ähnliches hinaus, sondern stelle sich vor, daß immer wieder kritisch hinterfragt werde, ob die Aufgabenerledigung nicht auch von anderen Institutionen - zum Beispiel von privaten Einrichtungen, von autonomen Hochschulen, von Selbstverwaltungskörperschaften - übernommen werden könne.

Eine weitere wichtige Frage für sie sei, wie es mit der Ressortabstimmung aussehe, ob also geklärt sei, daß es keine Doppelzuständigkeiten gebe. Weiter sei nach der Möglichkeit einer Vereinfachung in der Bürokratie zu fragen. Wenn eine derartige Personalbedarfsrechnung in den einzelnen Bereichen durchgeführt werde, frage sie, nach welchen Kriterien diese Rechnung erfolge.

Staatssekretär Vollmer (MWMT) gibt zu bedenken, daß dazu ein grundsätzlicher Vortrag über die Berechnung von Personal gehalten werden müßte, was seines Erachtens den Rahmen der Haushaltsberatungen sprengen würde. Seiner Meinung nach hätten Ministerialdirigent

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Tümpel und er die von Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) abstrakt formulierten Fragen anhand praktischer Beispiele beantwortet. Der Mangel an Personal, so fügt der Staatssekretär hinzu, sei im übrigen ein sehr exaktes Kontrollsystem.

Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) erkundigt sich, wie viele Stellen im Wirtschaftsministerium aufgrund der jetzt von der WestLB übernommenen Abwicklung der Förderprogramme freigeworden seien.

Staatssekretär Vollmer (MWMT) erläutert, die frühere Technologieabteilung des Ministeriums sei mit sechs bis sieben Fachleuten und ihren Hilfsreferenten besetzt gewesen, die jeweils einen bestimmten Wirtschaftszweig des Landes Nordrhein-Westfalen zu beobachten gehabt hätten. So habe es beispielsweise Fachleute für Stahl, für Chemie und für den Textilbereich gegeben. Diese Mitarbeiter seien vorwiegend in die Industrie gegangen und hätten die Landesregierung über den Stand der jeweiligen Industrie unterrichtet.

Dann sei das TPW geschaffen worden, für das diese Referate die Bewilligungsstelle geworden seien. Das zunächst nicht sehr umfängliche Programm habe sich dann allerdings immer mehr ausgeweitet, bis letzten Endes die betreffenden Mitarbeiter praktisch nur noch TPW-Anträge bearbeitet hätten und kaum noch in der Lage gewesen seien, ihre zuvor beschriebene ursprüngliche Aufgabe der Beobachtung wahrzunehmen, auch wenn ihnen natürlich aus der Bearbeitung der TPW-Fälle ebenfalls Kenntnisse aus der Wirtschaft zugeflossen seien.

Wenn dies jetzt an ZENIT abgegeben werde, dann bleibe eine Entscheidungskompetenz immer noch beim Wirtschaftsminister. In einigen Bereichen bleibe auch die Bearbeitungskompetenz beim Wirtschaftsminister. Im übrigen würden diese Mitarbeiter dann aber endlich wieder für die früher von ihnen wahrgenommenen Aufgaben frei. Der Wirtschaftsminister hoffe, über die Erkenntnisse dieser Mitarbeiter aus ihren eigenen Wirtschaftszweigen auch zu neuen wirtschaftspolitischen Aspekten zu kommen.

Frau Abg. Thoben (CDU) macht darauf aufmerksam, daß es, wie in allen damit befaßten Ausschüssen vorgetragen worden sei, eine enorme Verlagerung von Zuständigkeiten gebe. Die WestLB habe ihres Wissens kundgetan, daß sie für das, was jetzt im Bereich der Investitionsbank auf sie zukomme, im Ergebnis 700 Stellen vorgesehen habe.

Staatssekretär Vollmer (MWMT) macht geltend, daß zu dem, was Frau Abg. Thoben (CDU) anführe, die Wohnungsbauförderungsanstalt mit rund 500 Mitarbeitern hinzugehöre. Die Investitionsbank habe insofern nichts mit dem Wirtschaftsministerium zu tun.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Frau Abg. Thoben (CDU) fährt fort, trotz der enormen Verlagerung von Zuständigkeiten, der Beauftragung neuer Institutionen mit diesen Zuständigkeiten, der Veränderung in der Aufgabenstellung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und ihrer Einbeziehung in die Investitionsbank werde immer noch nicht erkennbar, mit welchen personellen Konsequenzen dann im Wirtschaftsministerium gerechnet werden müsse.

Sie fragt, ob all diese Veränderungen keine Entlastung in dem Sinne bedeuteten, daß Stellen im Wirtschaftsministerium überflüssig würden.

Staatssekretär Vollmer (MWM) erinnert an seine vorherige Aussage, daß manche Bereiche des Wirtschaftsministeriums über Gebühr beansprucht seien. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß nach dem vom Landtag selbst beschlossenen Beamtengesetz dem Dienstvorgesetzten eine Fürsorgepflicht zufalle. Wenn ständig Überstunden geleistet und Bedienstete überbelastet würden, verstoße der Dienstvorgesetzte gegen seine Fürsorgepflicht, falls er nicht Ausgleich schaffe.

Die Übertragung des TPW, so bekräftigt der Staatssekretär, sei keine Globalübertragung, sondern betreffe teilweise die Bearbeitung und nicht die Entscheidung. Sie sei am 1. Juli erfolgt. Die Dinge spielten sich jetzt ein, wobei eine solche Übernahme durch eine neue Institution von einem Rückfrageprozeß begleitet werde. Nach Beendigung dieser Phase - möglicherweise Anfang des nächsten Jahres - könnten die betreffenden Mitarbeiter dann endlich wieder ihre früheren Funktionen wahrnehmen. Wenn sich dann die Möglichkeit einer Freisetzung von Stellen ergeben sollte, werde man sie garantiert für andere Bereiche im Hause benötigen, an denen jetzt permanent Überbelastungen zu verzeichnen seien.

Zum Thema "Überbelastung" führt der Staatssekretär als weiteres Beispiel die Verhandlungen über den THTR an, die auch nicht ausschließlich während der üblichen Dienststunden hätten geführt werden können.

Abg. Apostel (SPD) geht nach den Erfahrungen der vorhergehenden Jahre davon aus, daß das Wirtschaftsministerium nicht mit zu vielen Mitarbeitern ausgestattet sei, sondern den Versuch unternommen habe, den Prozeß der Konsolidierung des Haushalts mitzutragen. Zudem hätten sich gerade in der Wirtschaft - zum Beispiel auch im Zusammenhang mit steigenden Anforderungen des Umweltschutzes - in den letzten Jahren schwierigere und komplexere Entwicklungen als früher vollzogen, die wiederum den Schwierigkeitsgrad für entsprechende Handlungen erhöht hätten.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Insofern sehe er in der Verlagerung von Zuständigkeiten auf die WestLB und andere Institutionen nur eine normale Reaktion, um von der nach wie vor bestehenden Überlastsituation herunterzukommen.

Er fragt sodann, ob es nicht angesichts der Notwendigkeit, nordrhein-westfälische Interessen auf europäischer Ebene wirksam zu vertreten, eines Tages erforderlich werde, dafür einen oder mehrere Mitarbeiter zusätzlich einzusetzen.

Der Staatssekretär betont, daß nicht nur die EG als neue Aufgabe hinzukomme. Zu erwähnen seien zum Beispiel auch die zunehmenden Fragen im Bereich der Gleichstellung von Frauen. Außerdem sei der Umgang mit dem Bürger schwieriger geworden. Im Zusammenhang mit den Flughafenausbauplänen beispielsweise habe der zuständige Referent in den letzten Monaten zahlreiche Schreiben mit detaillierten Fragen entsprechend detailliert beantworten müssen, was auch nicht im Handumdrehen zu erledigen sei.

Abg. Westermann (SPD) weist darauf hin, daß der Aufgabenverlagerung erhebliche Aufgabenzuwächse gegenüberstünden. Allein das in den letzten Jahren gestiegene Volumen des Einzelplans 08 weise aus, daß zusätzliche Arbeit entstanden sei; denn Mittel, die verausgabt werden sollten, erforderten entsprechende Anträge und deren Bearbeitung. Als konkrete Beispiele für Aufgabenzuwächse seien anzuführen: die Zukunftsinitiative Montanregionen (ZIM), die Zukunftsinitiative für die Regionen Nordrhein-Westfalens (ZIN), Zuwächse bei der Gemeinschaftsaufgabe, die vom Minister vorgetragene Sonderprogramme, die finanzielle Entwicklung des Technologieprogramms, die Steigerung des Programms rationelle Energieverwendung, die in den letzten Jahren neu eingeführte Filmförderung. Von daher leuchte ihm die allgemeine Argumentation seitens des Wirtschaftsministeriums ein, die ihm genüge. Eine detailliertere Klärung werde man hier und heute nicht herbeiführen können.

Frau Abg. Thoben (CDU) möchte wissen, ob dieselben Fragen nach den personellen Konsequenzen der Umorganisation, wie sie heute im Wirtschaftsausschuß aufgeworfen worden seien, auch in den Haushaltsgesprächen innerhalb der Landesregierung eine Rolle spielten, ob also die Begehrlichkeit der anderen Ressorts in Richtung auf das Wirtschaftsministerium inzwischen zunehme.

Staatssekretär Vollmer (MWMT) verneint die Frage. Der rote Stift des Finanzministers mache sich in allen Ressorts gleichmäßig bemerkbar. Die von Frau Abg. Thoben (CDU) geäußerte Befürchtung hege er nicht.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) erklärt, gerade in einer Zeit, in der überall versucht werde, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten, und gerade in einem Bereich, in dem sehr viel verändert worden sei, habe die Frage nach den Konsequenzen ihre volle Berechtigung. Im Wirtschaftsministerium mit seinen vielfältigen Strukturen könnten sich ihres Erachtens aufgrund möglicher Privatisierung oder Aufgabenübernahme durch andere Institutionen personelle Verschiebungen ergeben. Wenn die Fragestellung hier nicht beantwortet werden könne, werde man sie an anderer Stelle noch einmal aufgreifen müssen.

Staatssekretär Vollmer (MWMT) verweist auf die Ausführungen von Ministerialdirigent Tümpel, der dargelegt habe, daß in den letzten Jahren mehrfach eine sogenannte Aufgabenkritik vorgenommen worden sei. - Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) hält dem entgegen, daß sie die aus der Aufgabenkritik gezogenen Schlüsse interessierten. Ergebnisse aus dieser Aufgabenkritik seien für sie bisher nicht erkennbar.

Abg. Sommerfeld (SPD) weist darauf hin, daß auch aus dem Parlament Mehrarbeit auf die Ministerien zukomme. Er verbindet damit die Frage, wie stark denn der Personalbedarf gestiegen sei, nachdem die F.D.P. wieder im Parlament vertreten sei und eine relativ große Zahl von Kleinen Anfragen gestellt habe.

Staatssekretär Vollmer (MWMT) erwidert, aus Respekt vor dem Parlament sei man dieser Frage bisher bewußt nicht nachgegangen. Er erlaube sich aber den Hinweis, daß es gelegentlich gut wäre, den Verwaltungsaufwand zu berücksichtigen, den die Beantwortung einer Kleinen Anfrage verursache. Und der Verwaltungsaufwand für die Beantwortung einer Großen Anfrage nehme bisweilen nahezu ganze Abteilungen für Wochen in Anspruch und überbelaste sie.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, daß der Wirtschaftsausschuß den Personaletat ohne Änderungsvorschläge an die Arbeitsgruppe Personalbedarf und Stellenpläne weiterleite.

c) Beratung des Sachetats

Kapitel 08 021: Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz

Frau Abg. Thoben (CDU) bedauert, daß die Unübersichtlichkeit im Bereich der Förderprogramme bestehenbleibe. Unter "ZIN" seien offenkundig sämtliche Investitionsförderungsprogramme, mit einer neuen Überschrift versehen, zusammengefaßt worden. Das Neue sei

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

eine methodische Vorgabe, die außer den bestehenden Richtlinien zusätzlich gelten solle. Darüber habe es in der Öffentlichkeit eine Debatte gegeben. Sie fragt, ob dies etwas von der Landesregierung "Daraufgesatteltes" sei.

Zu diesem Thema habe sie neulich auch ein Gespräch mit Finanzminister Schleußer geführt, in dem vorgetragen worden sei, daß das Verfahren für 1990 gegenüber dem, das in diesem Sommer angewandt worden sei, wieder geändert würde. Sie fragt, was denn nun tatsächlich für Antragsteller gelten solle, die aus diesem Wust von Förderprogrammen gefördert werden wollten.

Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) bittet, in diesem Zusammenhang auch auf die Stellungnahme des Städtetages einzugehen.

Staatssekretär Vollmer (MWMT) vermag einen "Wust von Förderprogrammen" nicht zu erkennen. Es gebe vielmehr eine ganz klare Ordnung. Es gehe um die alten Programme, die in ZIN zusammengefaßt worden seien, und um die zusätzlichen Strukturhilfen.

Frau Abg. Thoben (CDU) widerspricht: Ausweislich der Seite 16 des Einführungsberichts seien die Strukturhilfen in ZIN enthalten. Das einzige, was daran finanziell tatsächlich neu sei, seien die Mittel des Bundes. Das Ganze werde dann unter einer neuen Überschrift verkauft.

Dann werde, wie aus dem Schreiben vom 30. Mai hervorgehe, vorgetragen, in welcher Art die Antragstellung erfolgen solle, damit man vorrangig bedient werde. Darüber habe es Unruhe im Lande gegeben. Die offizielle Aussage des Finanzministers dazu laute, daß das beim nächsten Mal nicht wieder passieren werde, daß man dies ändern werde. Die Antwort des Wirtschaftsministers auf ihr Schreiben an ihn zu demselben Punkt besage dagegen, daß es bei der bisherigen Antragstellung bleibe. Daraus ergebe sich für sie die Frage, wie denn nun das Verfahren in Zukunft laufen solle.

Staatssekretär Vollmer (MWMT) erwidert, er könne nur das wiederholen, was der Wirtschaftsminister dazu gesagt habe: daß dieses Verfahren so, wie es gelaufen sei, für 1990 abgeschlossen sei. Wenn der Finanzminister von einer Änderung gesprochen habe, dann könne er seines Erachtens damit nur gemeint haben, daß der zeitliche Horizont, der in diesem Jahr bestanden habe, für das nächste Jahr nicht gelte. Die Schwierigkeiten seien ja doch im wesentlichen dadurch entstanden, daß man aufgrund der für das Strukturhilfegesetz geltenden Meldetermine gezwungen gewesen sei, kurze Fristen festzusetzen.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Frau Abg. Thoben (CDU) ist der Meinung, daß, wenn die Landesregierung nicht das Verfahren daraufgesattelt hätte, die Kommunen ohne jeden zeitlichen Druck Anträge im Rahmen des Strukturhilfegesetzes hätten stellen können. Immerhin sei seit März/April bekannt gewesen, welche Mittel zur Verfügung stünden.

Staatssekretär Vollmer (MWMT) macht geltend, daß man den Termin für das Strukturhilfegesetz habe einhalten müssen. Der Wirtschaftsminister habe den Weg gewählt und ihn auf das ganze Land ausgedehnt, den er beim ZIM eingeschlagen habe. Dies im habe im übrigen auch die Mikat-Kommission angeregt.

Frau Abg. Thoben (CDU) gibt zu bedenken, daß die Kommunen hätten anmelden können; man hätte ihnen nur zu sagen brauchen, bis wann die Anmeldungen hätten vorliegen müssen. Von Bonn aus sei nichts vorgegeben gewesen, auch kein Konsenszwang. Und den Konsenszwang habe auch weder die Mikat-Kommission angeregt, noch habe ihn das Parlament beschlossen.

Die Aussage des Finanzministers, daß das Verfahren in Zukunft anders laufen solle, habe sich keineswegs nur auf die Frist bezogen. Die Irritation darüber, daß die Kommunen nicht beteiligt gewesen seien, solle ausgeräumt werden. Sie fragt, ob gewissermaßen als "goldener Zügel", um vorrangig bedient zu werden, die Konsensvorgabe über Regionalkonferenzen, die abseits aller gewählten Gremien tätig würden, bestehenbleibe oder wieder beseitigt werde.

Staatssekretär Vollmer (MWMT) bezeichnet die Behauptung, die Kommunen würden nicht beteiligt, als unzutreffend. Die Kommunen seien beteiligt gewesen. Dem Zwischenruf von Frau Abg. Thoben (CDU), daß die Kommunen dies anders sähen, begegnet der Staatssekretär mit dem Hinweis, daß möglicherweise ein Irrtum hinsichtlich des Tatbestandes vorliege. Nach seiner Kenntnis, nach den Erlassen der Landesregierung und nach dem Ergebnis der eingegangenen Meldungen seien die Kommunen beteiligt gewesen.

Ein anderes Thema sei - und darauf zielen Frau Abg. Thoben möglicherweise ab -, daß in einigen Kommunen die Räte wegen der Sommerferien nicht hätten beteiligt werden können. Dies sei dann ein organisatorisches Problem der Kommunen, nicht aber ein Problem ihrer Beteiligung.

Abg. Apostel (SPD) geht auf den Hinweis von Frau Abg. Thoben (CDU) ein, wonach auf Seite 16 des Einführungsberichts die Rede davon sei, daß es außer den Mitteln des Bundes nichts Neues gebe. Bundesmittel würden aber an dieser Stelle des Berichts gar nicht erwähnt, sondern seien von Frau Abg. Thoben (CDU) hinzugefügt worden. Er bitte sehr darum, reeller miteinander umzugehen und sich nicht gegenseitig zu täuschen.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Nach den Worten von Abg. Schumacher (Kall) (CDU) trifft die Feststellung von Staatssekretär Vollmer, daß die Kommunen beteiligt worden seien, nicht zu. Zwar hätten die Kommunen von sich aus Projekte angemeldet, und es sei zunächst der Eindruck erweckt worden, als könnten vor Ort Prioritäten gesetzt und strukturelevante Projekte vorangebracht werden. Die gesamte weitere Behandlung der Anträge aber und die Entscheidung über die Vergabe der Mittel seien dann innerhalb eines Gremiums geschehen, das weder parlamentarisch noch sonstwie kontrolliert sei und von dem er nicht wisse, woher es seine Legitimation habe. Im Lande sei der Eindruck entstanden, als würden die Mittel nach parteipolitischen Gesichtspunkten verteilt.

Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) verweist in diesem Zusammenhang auf den Antrag ihrer Fraktion zum Thema "Strukturbeiräte" sowie noch einmal auf das Schreiben des Deutschen Städtetages vom 28. September, in dem unter dem Betreff "Zukunftsinitiative nur mit den Städten und Gemeinden" zu der von Frau Abg. Thoben (CDU) angesprochenen Problematik unter anderem ausgeführt werde:

Das in den vergangenen Wochen geübte Verfahren eines Zutritts von Funktionären ohne demokratische Legitimation zu sogenannten Regionalkonferenzen zur Herstellung eines regionalen Konsenses darf sich in dieser Form nicht wiederholen.

Man müsse hier zu einer anderen Form des Verfahrens kommen. Wenn es um die Mittel aus dem Strukturhilfegesetz für 1990 gehe, müsse die Kommune gemäß dem Vorschlag des Deutschen Städtetages die Möglichkeit haben, nach Beratung am Ort und dem entsprechenden Verfahren die Anträge einzubringen und sie dann gebündelt weiterzugeben. Die Art, wie das Verfahren in der Vergangenheit gelaufen sei, sei für viele sicher Grund genug zu der Annahme gewesen, daß "ein wenig gemauschelt" worden sei.

Staatssekretär Vollmer (MWMT) betont zunächst, daß die Strukturhilfemittel nicht nur vom Bund geleistet, sondern durch den 10%igen Landesanteil ergänzt würden.

Wenn Frau Abg. Thoben (CDU) erkläre, im Bericht der Mikat-Kommission habe das nicht gestanden, dann verweise er auf Seite 424 des Berichts:

Mit der "Zukunftsinitiative Montanregionen" liegt bereits eine Konzipierung vor, deren Erweiterung auf alle Regionen und instrumentell breitere Differenzierung geeignete Ansatzpunkte für eine geschlossenere Regionalentwicklung bietet. In diesen Elementen sieht die Kommission wichtige Ansatzpunkte für eine Wirtschaftsstrukturpolitik mit den Regionen.

Was den F.D.P.-Antrag zu den Strukturbeiräten betreffe, so sei er im Landtag diskutiert und abgelehnt worden. Dazu wolle er jetzt nicht mehr Stellung nehmen.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Frau Abg. Thoben (CDU) empfiehlt Abg. Apostel (SPD), auch die letzten drei Zeilen auf Seite 16 des Einführungsberichts zu lesen: Die aus den Strukturhilfemitteln zu fördernden Projekte würden dem Bundesfinanzminister zur Genehmigung vorgelegt.

Bei den Strukturhilfemitteln gebe es eine anteilige Finanzierung, weil der Höchstfördersatz für die einzelne Investitionsmaßnahme 90 % betrage. Sie glaube nicht, daß das die 90 % für kommunale Investitionen seien und daß die Landesregierung die 100%ige Finanzierung übernehme. Eine solche Aussage der Landesregierung würde sie sehr erfreuen.

Es würde sie dann aber auch interessieren, wo denn die ergänzenden 10%igen Landesmittel ausgewiesen seien. Ihres Erachtens müßten diese Mittel von den Kommunen aufgebracht werden. Und folglich bedeute das, was hier etatisiert werde, keine einzige Mark von seiten des Landes, sondern es stelle die Umsetzung des Strukturhilfegesetzes des Bundes in die Haushaltswirtschaft des Landes dar. Sie bitte um Aufklärung, wenn diese ihre Auffassung falsch sei.

Bezüglich des Hinweises des Staatssekretärs auf den Bericht der Mikat-Kommission erinnere sie daran, was im Zusammenhang mit der "Zukunftsinitiative Montanregionen" mit einer "Region" gemeint gewesen sei und daß es dort auch keine Vorgabe einer "vorrangigen Förderung" gegeben habe, die bestehende Richtlinien quasi auf den Kopf gestellt hätte; in den Montanregionen habe es sich also weit überwiegend um Kommunen gehandelt.

Demnach sei gewollt gewesen, daß sich Kommunen des Sachverständigen Außenstehender - nicht nur der Ratsmitglieder - bedienten. Dies habe die Mikat-Kommission bestätigt und vorgeschlagen, es überall so zu tun. Das habe aber nichts mit dem zu tun, was die Landesregierung faktisch in Gang gesetzt habe.

Abg. Westermann (SPD) weist darauf hin, daß die "Zukunftsinitiative Montanregionen" 1987 entstanden sei. Im März 1987 habe der Landtag eine gemeinsame EntschlieÙung verabschiedet, das Geld sei zur Verfügung gestellt worden, und bis zum Herbst - einschließlich der dazwischenliegenden Sommerferien - seien die Projekte angemeldet worden. Sicher habe es damals die gleichen Probleme in der Umsetzung gegeben wie heute; niemand aber habe darüber geredet. Obgleich also unter ähnlichem Zeitdruck entschieden worden sei, sei die Zukunftsinitiative allseits begrüßt worden.

In diesem Jahr habe unter gleichem Termindruck entschieden werden müssen, der allerdings nicht durch das Land hervorgerufen worden sei, sondern dadurch, daß das Strukturhilfegesetz Ende vergangenen Jahres verabschiedet worden sei und die Anträge 1989 bis April und 1990 bis zum 15. August gestellt werden müßten, um sie pünktlich zum 1. Oktober in Bonn vorlegen zu können. Nun falle in diese Zeit ein Wahlkampf - und schon gebe es ein "großes Geschrei" im Lande darüber, wie schlimm dieser Zeitdruck sei.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
62. Sitzung

04.10.1989
the-ro

Er halte das für unangemessen, wenn man bedenke, was damit erreicht werden solle und welche positiven Effekte in bezug auf Zusammenarbeit und Konsensbildung im Lande sich gezeigt hätten. Im nächsten Jahr werde man nicht mehr unter einem solchen Zeitdruck stehen, da man ein ganzes Jahr Zeit für die Vorbereitung habe. Im übrigen lerne man auch aus dem, was sich bis dahin vollzogen habe. Wenn zum Beispiel die Abgrenzung der Regionen nicht ganz glücklich gewesen sei, weil die Regierungspräsidenten sie genau nach den Grenzen der Regierungsbezirke vorgenommen hätten, dann sei so etwas ohne Schwierigkeiten korrigierbar.

Dem Vorwurf, daß diesmal Personen ohne Legitimation mit entschieden hätten, widerspreche er nachdrücklich. Er wisse aus vielen Regionen, daß Bürgermeister und Stadtdirektoren aus allen betroffenen Städten dabeigewesen seien, und niemand werde behaupten, daß ihnen jegliche Legitimation fehle. Es habe möglicherweise Einschränkungen bei der Legitimation insofern gegeben, als Räte nicht voll hätten einbezogen werden können; aber aufgrund des gewachsenen zeitlichen Spielraums könnten beim nächsten Mal die Räte selbst entscheiden. Derartige Defizite könnten also in Zukunft behoben werden.

Immer wieder werde - so auch in Leserbriefen, was offenbar von den Oppositionsfraktionen gesteuert sei - der Eindruck erweckt, Initiativen wie die "Zukunftsinitiative für die Regionen Nordrhein-Westfalens" seien reine Bundesprogramme, für die das Land die Lorbeeren einheimse. Auch heute seien ähnliche Töne zu hören gewesen.

Hierzu verweise er auf die dem Landtag zugegangene Information des Finanzministers über die neu beschlossenen Projekte, in der Fördersätze von 50 bis 90 % ausgewiesen seien. Die Restfinanzierung erfolge teilweise durch die Kommunen, teilweise durch Landesmittel. Bekanntlich gingen in die Zukunftsinitiative zum Beispiel auch Mittel für die Städtebauförderung und die Gewerbegebieterschließung ein, die nicht aus Strukturhilfemitteln des Bundes gespeist würden; hier erfolge also eine Integration der Einzelpläne des Landeshaushalts und der Förderinstrumente. Dies alles berechtige nicht zu der Aussage, daß es sich ausschließlich um Strukturhilfemittel des Bundes handle. Verschiedene Programmteile und Mittel aus verschiedenen Quellen würden hier zu einem Strukturprogramm mit den bekannten Zielrichtungen zusammengefaßt.

Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) beantwortet die an die Opposition gerichteten Vorwürfe von Abg. Westermann (SPD) mit dem Hinweis darauf, daß sich Abgeordnete der Mehrheitsfraktion vor Ort immer wieder als "Geldbriefträger" betätigten, ohne ein Wort darüber zu verlieren, daß es sich dabei um Gelder nach dem Strukturhilfegesetz handle.

Die Feststellung, daß an dem Entscheidungsprozeß legitimierte Persönlichkeiten, wie Bürgermeister und Stadtdirektoren, beteiligt gewesen seien, müsse man relativieren. In sehr vielen Ge-